

„Auf der Suche nach Identität“

Von Dr. Gunther Duda

Die Unsicherheit, wenn nicht sogar Täuschung, beginnt schon bei der Bedeutung des heute so viel bemühten Fremdwortes *Identität*. Befragt man den Duden, so erfährt man, es besage „vollkommene Gleichheit oder Übereinstimmung (in bezug auf Dinge oder Personen) und Wesensgleichheit“, seelenkundlich aber ebenso „die als ‚Selbst‘ erlebte innere Einheit der Person“. Der imperialistische Globalist kann damit die Gleichheit allen Menschentums begründen, der Kenner der erblich bedingten seelisch-körperlichen Mannigfaltigkeit der Völker dagegen die „völkische Idee“ fordern.

Mit der wachsenden Abwehr der muslimischen Zuwanderung und Landnahme wird unter *Identität* vorwiegend Eigenart im ethnischen, kulturellen, religiösen und geschichtlichen Sinne verstanden. Zugleich erwarten die Zuwandererstaaten von ihnen wie von ihren Herkunftsländern vor allem ein Ja zur westlichen und damit europazentrisch-rassistischen Demokratie. Wie wenig die jedoch Sinn und Aufgabe verwirklicht, ersieht man daran, daß rund die Hälfte ihrer Parteien das Wohl ihres Staates in der Ablehnung, die andere in der Aufnahme der Türkei in die EU sieht. Auch in der Frage, soll diese ein Staatenbund oder ein Bundesstaat sein oder werden, driften zumindest vorerst, die sogenannten Volksvertretungen auseinander.

Die jüngste Geschichte lehrt, daß der westliche Neugestaltungsversuch der Völker und der zerfallenden Staaten auf dem Balkan, in Afghanistan und im Nahen Osten durch Fremdruppen und Überstülpen der westlichen Demokratie scheitert. Verantwortlich dafür waren und sind auch die imperialistisch-wirtschaftlichen Einflüsse der Großmächte, vor allem die der USA bezüglich ihrer Überwachung der Erdöl- und Erdgasschätze.

Insbesondere für den Irak stellt sich die Frage nach seiner Zukunft. Was ist das Ergebnis der zionistisch begründeten Einwanderung nach Erez Israel beziehungsweise Filastin (Palästina), die an die der Türken nach Europa erinnert? „Ist es der Staat Israel, der 1948 gegründet wurde, oder war die Staatsgründung – wie der revisionistische Flügel der zionistischen Bewegung es gesehen hat – nur ein strategischer Halt auf dem Weg zu einem Staatswesen, das letzten Endes weitere Gebiete auch jenseits der israelischen Grenzen von 1948/49 umfassen würde?“

Kein Vorbild

Hinzu kommt, „daß das westliche Demokratiemodell nur in begrenzter Weise Vorbildcharakter für die Menschen im Nahen und Mittleren Osten (und darüber hinaus in der islamischen Welt) hat ... Denn die Konflikte im Irak, die unmittelbar nach dem Ende des alten Regimes ausgebrochen sind, lassen beispielsweise erkennen, daß bei allem Triumph über das Ende des alten Regimes ... nicht eine liberal-demokratische Ordnung, die jedem Bürger einen gleichen Platz und individuelle Freiheit in Bevölkerung und Staat verheißt, im Vordergrund der politischen Ziele steht.

Wenn Ajatollah Ali al Sistani von Demokratie im Irak spricht, so meint er damit zuvörderst die Machtübernahme der schiitischen arabischen Mehrheit im Land, der seit der Staatsgründung des Iraks durch Manipulation der Briten seinerzeit eben diese Macht vorenthalten wurde. So nimmt es nicht wunder, daß er mit diesem gut gemeinten Vorschlag an die Adresse der USA bei anderen religiösen oder ethnischen Gruppen auf Vorbehalte, bisweilen sogar auf bewaffnete Ablehnung stößt. Dies nicht, weil das Prinzip demokratischer Mechanismen grundsätzlich verworfen würde, aber der Anerkennung des Ergebnisses einer demokratischen Abstimmung muß noch die Klärung einiger – für unterschiedliche Gruppen – essentieller Fragen vorangehen, die in der langen Ära der Baath-Diktatur unterdrückt wurden“.

In der Frage nach der Rolle der Religion zeigte sich, daß diese insbesondere unter den arabischen Schiiten wesentlicher ist als die Freiheiten des Einzelnen. Darüber, wo zwischen dem Laizismus der sozialistischen Baath-Partei und einer islamischen Republik der Ort der Religion sei, wird noch hart gestritten werden.

Eigenständige Völkergemeinschaften

Im *Rheinischen Merkur* 19/2004 betont Udo Steinbach, Vorstand des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg weiter, Demokratie im Nahen Osten einzupflanzen, werde nur gelingen, wenn sie mit dem in Einklang gebracht wird, was die Menschen als das Eigene werthaft wahrnehmen. Es wurzelt in Religion, Kultur und Tradition. Dieses deute auch der im Westen sehr oft wiedergegebene und von arabischen Intellektuellen feinfühlig erstellte „Arab Human Development Report“ an. Er stelle neben wissenschaftlichen Erkenntnissen eine aussagekräftige Urkunde dar, die ihren Platz in der Welt des beginnenden 21. Jahrhunderts

sucht. In einem kurzen Abschnitt wird zur Andersart des Arabers ausgeführt:

„Der arabische Begriff für ‚Regierung‘ sei ‚hukuma‘; er basiert also – gemäß der Struktur arabischer Begriffsbildung – auf den drei Wurzelkonsonanten ‚hkm‘. Vokalisiert als ‚hakim‘ (Weiser, Arzt) oder ‚hikma‘ (Weisheit), stehe ‚Regierung‘ also in einem Bedeutungsfeld, das als Charakteristikum guter Herrschaft nicht die Sorge für die individuelle Freiheit und Mitbestimmung des Einzelnen im Sinne von ‚politeia‘, sondern die weise Führung der Gemeinschaft in den Vordergrund stellt. Zentraler Begriff der Weisheit sei die ‚Gerechtigkeit‘. Daß damit dem Begriff der ‚Regierung‘ eine religiöse Konnotation gegeben wird – die Grundlagen von Gerechtigkeit sind im Koran gelegt –, ist für Muslime selbstverständlich.“

Im Hinblick auf den anstehenden Wandel und die Ablösung überlebter Systeme besonders im Nahen und Mittleren Osten bedeute das werthaft Eigene zweierlei:

„Es gibt keine Blaupausen für Demokratie in der islamischen Welt wie Türkei, Marokko und Iran – und schon gar nicht die Reproduktion eines aus dem Westen eingeführten Demokratievorbildes. Immer gilt es, die besonderen religiösen, kulturellen, geschichtlichen und gesellschaftlichen Traditionen einer Gesellschaft mit dem Wesentlichen von Demokratie, dem Respekt vor der Würde des Menschen und deren Absicherung gegenüber dem Staat, zu eine Synthese zu bringen. Dabei werden sich ganz unterschiedliche Systeme ergeben, die durchaus andere Erscheinungsformen annehmen können als eine ‚westliche Demokratie‘“.

Der Beitrag des *Rheinischen Merkurs*, der auch betont, ohne Palästinaerstaat wird der Neuanfang scheitern, verweist noch darauf, daß Europa an der Zukunft des Raumes zwischen Marokko und Afghanistan große Aufgeschlossenheit zeigen sollte. Nach dem Gesagten aber nicht durch Einflußnahme von außen. Die im Licht von Religion, Kultur und Geschichte einzige Form der Anteilnahme könne nur die Rolle eines Moderators zwischen jenen Kräften sein, die nach einer Neuordnung suchen, die die Moderne (dazu gehört auch eine Form demokratischer Willensbildung) annehmen, ohne das Eigene aufzugeben. Dies bedeute eine deutlich nachhaltigere und mutigere Hinwendung zu ihnen, die auch kritischen Abstand zu den Herrschenden nicht scheut.

Herausgefordert sind beide

Grundsätzlich kann Steinbach in der Achtung der anderen zugestimmt werden, vorausgesetzt die echte Eigenart wird tatsächlich einer Neugestaltung zugrunde gelegt. Das aber gilt für beide, Abend- und Morgenland. Denn die Geschichte zeigt, weder Europa noch die islamischen Staaten leben ihre ursprüngliche „werthafte Eigenart“. Sie alle sind seit weit über Tausend Jahren Opfer der abrahamitischen Religionen. Die aber beeinträchtigen die Erbwerte, die vom Unterbewußtsein her den Völkern und ihren Menschen sittlichen Halt und ihre jeweilige Gotterhaltung sichern können. Diese innerseelischen Schutzkräfte führen zu ihrer ureigensten Weltanschauung als Mutterboden ihrer Kultur, Sitten und Gebräuche.

Eine Reform der herrschenden Religionen und ihrer Abzweigungen genügt jedoch nicht, das Leben der Völker muß auf neue und vor allem gültige Grundlagen gestellt werden. Anders kann das Sittengesetz der Vernunft, heute oft als „Goldene Regel“ bezeichnet, nicht zur Geltung kommen. Dieses uralte schon vorbiblische Gesetz hat doch nicht nur das Einzelleben, sondern ebenso Leben und Heimat aller Völker zu bewahren, beispielsweise auch die imperialistisch umkämpften eigenen Bodenschätze. Als zweites gilt es, das jeweilige eigene Gotterleben selbst zu wecken und zu stärken, denn es schafft und erfüllt endlich ein menschenwürdiges Gemeinschaftsleben und dem Sittengesetz die Grenzen.

Die Rolle der Europäer, vielfach Herren der muslimischen Geschichte, nun als Moderatoren zu sehen, wäre verletzend. Hier waltet eigene Kultur- und Gotterhaltung – als Gesamtaufgabe der Völker!